

Universitätsstadt Tübingen

Fachabteilung Haushalt und Beteiligungen

Silvia Wagner, Telefon: 07071-204-1227

Gesch. Z.: /

Vorlage

70/2014

Datum

29.01.2014

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: **Jahresabschluss 2012 der Kommunalen
Servicebetriebe Tübingen**

Bezug: Vorlage 70a/2014 Bericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2012 des
Eigenbetrieb Kommunale Servicebetriebe Tübingen

Anlagen: 1 Jahresabschluss 2012 KST

Beschlussantrag:

1. Der Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebs Kommunale Servicebetriebe Tübingen (KST) wird mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 620.502,01 Euro in der vorgelegten Fassung (Anlage 1) festgestellt.
2. Der im Bereich Friedhofswesen entstandene Fehlbetrag in Höhe von 92.472,69 Euro wird in voller Höhe aus dem städtischen Haushalt ausgeglichen. Dazu wird eine außerplanmäßige Ausgabe auf der HH-Stelle 1.7500.7150.000 in dieser Höhe beschlossen. Die Deckung erfolgt über eine Wenigerzuführung an die allgemeine Rücklage 2013.
3. Das Ergebnis der sonstigen Bereiche (Infrastruktur und Fuhrpark) in Höhe von - 528.029,32 Euro wird auf neue Rechnung 2013 vorgetragen.
4. Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2012 Entlastung erteilt.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr. 2013	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
Bei HHStelle veranschlagt:	1.7500.7150.000	92.472,69 €	
Aufwand/Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Ziel ist die Feststellung des Jahresabschlusses 2012 sowie eine Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung und Entlastung der Betriebsleitung.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Betriebsleitung hat mit dem Jahresabschluss 2012 vorgelegt. Er wurde vom städtischen Rechnungsprüfungsamt geprüft und das Ergebnis der Prüfung in einem Prüfungsbericht (Vorlage 70a/14) dokumentiert. Für die Feststellung des Jahresabschlusses, die Beschlussfassung über die Gewinnverwendung und die Entlastung der Betriebsleitung ist der Gemeinderat zuständig.

2. Sachstand

Der Jahresabschluss 2012 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches erstellt. Dem Lagebericht sind die Bilanz zum 31.12.2012, die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. – 31.12.2012 sowie zusätzliche Informationen zum Geschäftsverlauf des Jahres 2012 zu entnehmen. Der Jahresabschluss wurde vom Rechnungsprüfungsamt geprüft. Auf den Bericht über die örtliche Jahresabschlussprüfung (Vorlage 70a/14) wird verwiesen. Das Rechnungsprüfungsamt hat die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des Jahresabschlusses bestätigt und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

a) Jahresergebnis Gesamtbetrieb

Das Jahresergebnis ist in den folgenden Tabellen gem. Anlage 9 zu § 12 Eigenbetriebsverordnung kurz zusammengefasst:

Bilanz			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen	81.608.062 €	Eigenkapital	-115.989 €
Umlaufvermögen	5.899.075 €	empfangene Ertragszuschüsse	14.841.057 €
		Rückstellungen	2.106.039 €
		Verbindlichkeiten	70.676.031 €
Bilanzsumme	87.507.137 €		87.507.137 €

Das negative Eigenkapital in Höhe von -115.989 Euro ist der Saldo von Rücklagen in Höhe von 1.213.481 Euro und Verlustvorträgen in Höhe von -1.329.470 Euro. Das negative Eigenkapital muss im Zusammenhang mit dem nicht kündbaren Trägerdarlehen in Höhe von 8.139.358 Euro gesehen werden und ist daher unkritisch. Mit Wirkung zum 01.01.2009 wurde auf Vorschlag der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg die städtische Kapitaleinlage des damaligen Eigenbetriebs Entsorgung in ein Trägerdarlehen umgewandelt (Vorlage 300/2008). Das Stammkapital der früheren Servicebetriebe Tübingen wurde zum 01.01.2011 ebenfalls in ein Trägerdarlehen umgewandelt (Vorlage 362/2010). Die KST wurden bei ihrer Gründung nicht mit Eigenkapital ausgestattet.

Gewinn und Verlustrechnung	
Summe der Erträge	23.032.995 €
Summe der Aufwendungen	-23.653.497 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	556.980 €
Jahresüberschuss	-620.502 €

Die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 620.502,01 Euro ab. Das Jahresergebnis ist die Summe aus dem Jahresfehlbeträgen der Bereiche Infrastruktur, Friedhofswesen und Fuhrpark.

Im Einzelnen setzt sich das Jahresergebnis wie folgt zusammen:

Bereich	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Plan 2012	Abweichung Plan/Ist 2012
Fuhrpark	-54.833 €	-214 €	0 €	-214 €
Infrastruktur	-147.489 €	-527.816 €	5.000 €	-532.816 €
Friedhofswesen	-370.746 €	-92.473 €	-3.000 €	-89.473 €
Stadtentwässerung	1.517.289 €	0 €	120.280 €	-120.280 €
Gesamt	944.221 €	-620.502 €	122.280 €	-742.782 €

Aus gebührenrechtlichen Gründen müssen die Ergebnisse der einzelnen Bereiche der Kommunalen Servicebetriebe jedoch getrennt voneinander betrachtet und hinsichtlich der Ergebnisverwendung bewertet werden.

b) Jahresergebnis Bereich Fuhrpark (-213,58 Euro)

Der Bereich Fuhrpark schloss das Geschäftsjahr 2012 mit einem marginalen Defizit von -213,58 Euro ab. Das im Plan 2012 für den Bereich Fuhrpark angestrebte ausgeglichene Ergebnis konnte damit fast erreicht werden. Dieses erfreuliche Ergebnis kam zustande, obwohl die Erlöse von städtischen Dienststellen aufgrund eines geringeren Wartungs- und Reparaturbedarfs um etwa 10.000 Euro zurückge-

gangen sind. Da im schneereichen Winter 2012/2013 aber vergleichsweise viele Winterdienstseinsätze gefahren werden mussten, bestand von Seiten des Bereichs Infrastruktur ein hoher Wartungsaufwand für Maschinen und Fahrzeuge. Die Erlöse aus der internen Verrechnung stiegen aus diesem Grunde um rund 70.500 Euro im Vergleich zum Vorjahr und überkompensierten damit den oben beschriebenen Erlösrückgang.

c) Jahresergebnis Bereich Infrastruktur (-527.815,74 Euro)

Das Ergebnis des Bereichs Infrastruktur betrug im Berichtsjahr -527.815,74 Euro.

Ausschlaggebend für dieses Defizit waren zum einen einige einmalige Belastungen, wie beispielsweise Softwarepflegemaßnahmen (rd. 30.000 Euro) und Fortbildungen im Zusammenhang mit der Einführung des Berufskraftfahrer-Qualifizierungs-Gesetzes- BKfQG (rd. 20.000 Euro) sowie ein höherer Wartungsaufwand für Geräte und Maschinen im Bereich Winterdienst (rd. 80.000 Euro).

Zum anderen lag die Verwaltungskostenumlage etwa 150.000 Euro über dem Planansatz. Diese wird für interne Dienstleistungen, die von Seiten der Stadt für den Betrieb erbracht werden, erhoben (z.B. Personalverwaltung). Eine dauerhafte Erhöhung des Planansatzes wurde ab dem Jahr 2013 fest in den Wirtschaftsplan übernommen.

Darüber hinaus kam es zu einem Rückgang bei den Umsatzerlösen von der Stadt. Diese waren im Geschäftsjahr um ca. 250.000 Euro geringer als im Plan vorgesehen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass aufgrund der begrenzten Personalkapazitäten nicht mehr alle Aufträge der Stadt ausgeführt werden können. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die im Zusammenhang mit den vergangenen Konsolidierungsmaßnahmen erfolgten stetigen Personalreduzierungen mittlerweile dazu führen, dass das zur Verfügung stehende Personal nach dem Abzug von Fehlzeiten – also mit der tatsächlich verfügbaren Arbeitsleistung – nicht mehr in der Lage ist, die vorhandenen Fixkosten zu erwirtschaften. Da dies mittlerweile nicht nur mit Blick auf die Ertragszahlen bedenklich wird, sondern auch im Stadtbild deutlich wurde, hat der Betrieb zwischenzeitlich darauf reagiert und Maßnahmen zur Reduzierung dieses strukturellen Defizits eingeleitet. Ein wichtiger Baustein sind dabei die zielgerichteten Neueinstellungen in den Arbeitsbereichen Stadtreinigung, Straßenunterhaltung und Grünpflege.

d) Jahresergebnis Bereich Friedhofswesen (-92.472,69 Euro)

Trotz der kostendeckend kalkulierten Bestattungsgebühren schloss der Bereich Friedhofswesen das Geschäftsjahr mit einem Fehlbetrag in Höhe von 92.472,69 Euro ab. Damit liegt das Defizit leicht unterhalb des im Durchschnittsfehlbetrags der letzten neun Jahre.

Der Fehlbetrag ist unter anderem auf die Unwägbarkeiten der Planung zurückzuführen: So wurde bei der Kalkulation der Gebühren von einer Planungsgrundlage ausgegangen, die keinen so deutlichen Anstieg der Urnenbeisetzungen im Bezug auf die Erdbestattungen vorsah. Da die Gebühren für Erdbestattungen immer noch höher als für Urnenbeisetzungen sind, entfällt darauf auch ein höherer Fixkostendeckungsgrad. Durch die Entwicklung, dass weniger Erdbestattungen als in der Gebührenkalkulation prognostiziert angefallen sind, konnten folglich nicht alle fixen Kosten gedeckt werden. Diese Entwicklung wird verstärkt durch die Tatsache, dass die Nutzung der vom Friedhofswesen vorgehaltenen Trauerhallen immer weiter zurück geht, weil es zwischenzeitlich ein großes Angebot an alternativen Bestattungsformen, die oft auch eine Loslösung der Trauerfeierlichkeiten vom Friedhof beinhalten, gibt.

Darüber hinaus waren die sonstigen betrieblichen Aufwendungen deutlich höher als im Wirtschaftsplang 2012 vorgesehen, weil unerwartet hohe Beträge in die Pflegekostenrückstellung der Gemeinschaftsgrabstätten eingestellt werden mussten.

e) Jahresergebnis Bereich Stadtentwässerung (0 Euro)

Der Bereich Stadtentwässerung konnte im Geschäftsjahr einen Überschuss in Höhe von 1.159.204,90 Euro erwirtschaften. Da dieser Bereich gebührenfinanziert ist, wurde dieser Überschuss als außerordentlicher Ertrag in die Gebührenaussgleichsrücklage eingestellt, sodass sich für diesen Bereich im Jahresabschluss ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen wird.

Die Gebührenaussgleichsrücklage entspricht im Prinzip einem Guthaben der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler beim Betrieb. Nach den Vorschriften des Gebührenrechts muss dieses Guthaben innerhalb von fünf Jahren wieder an die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler zurückgegeben werden. Die zum 01.01.2013 beschlossene Gebührenkalkulation ist daher mit ihren niedrigeren Abwassergebührensätzen auf eine Kostenunterdeckung ausgerichtet.

f) Ergebnisverwendung

Die Betriebsleitung schlägt vor, das Ergebnis wie folgt zu verwenden:

Bereich Friedhofswesen:

Der Verlust im Bereich Friedhofswesen (-92.472,69 Euro) wird mit einem Zuschuss der Universitätsstadt Tübingen in voller Höhe ausgeglichen.

Sonstige Bereiche (Infrastruktur und Fuhrpark):

Der Jahresfehlbetrag der Bereiche Infrastruktur und Fuhrpark in Höhe von insgesamt - 528.029,32 Euro wird auf neue Rechnung 2013 vorgetragen.

Der Verlustvortrag erhöht sich dadurch von 76.858,69 Euro auf 604.888,01 Euro. Er soll möglichst aus den Ergebnissen künftiger Jahre ausgeglichen werden.

Die Betriebsleitung hat bereits entsprechende Gegenmaßnahmen, wie zum Beispiel die Anpassung der Stundensätze und die Erhöhung der Personalkapazitäten, eingeleitet. Außerdem werden sich durch Veränderungen in der Altersstruktur weitere Kostenreduzierungen ergeben.

Sollte der Ausgleich des Verlustvortrags trotz dieser Maßnahmen nicht gelingen, muss in den kommenden Jahren ggf. über einen (anteiligen) Ausgleich des Verlustvortrags entschieden werden.

Weitergehende Informationen ergeben sich aus dem Jahresabschluss 2012 (Anlage 1).

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, den Jahresabschluss 2012 gem. § 16 Abs. 3 Eigenbetriebsgesetz festzustellen und die Gewinnverwendung entsprechend dem Beschlussantrag zu beschließen.

Gründe für die Versagung der Entlastung sind nicht bekannt, deshalb sollte der Betriebsleitung die Entlastung erteilt werden.

4. Lösungsvarianten

Zu den Beschlussanträgen 1 und 4 gibt es keine sinnvollen Lösungsvarianten.

Zu Beschlussantrag 2

Der Jahresfehlbetrag im Bereich Friedhofswesen könnte nicht von der Stadt ausgeglichen, sondern in voller Höhe auf neue Rechnung 2013 vorgetragen werden. Dies würde mittelfristig aber zu einem Anstieg der Bestattungsgebühren führen, da der Betrieb den Verlustvortrag im Bereich Friedhofswesen dann wieder über höhere Gebühreneinnahmen ausgleichen müsste.

Zu Beschlussantrag 3

Der Jahresfehlbetrag der sonstigen Bereiche (Fuhrpark und Infrastruktur -528.029,32 Euro) könnte in voller Höhe von der Stadt ausgeglichen werden. Dazu müsste eine außerplanmäßige Ausgabe in dieser Höhe auf der Haushaltsstelle 1.7700.7150.000 zu Lasten des städtischen Haushalts 2013 beschlossen werden.

Alternativ könnte der insgesamt bestehende Verlustvortrag in Höhe von 604.888,01 Euro von der Stadt ausgeglichen werden. Hierzu müsste eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 604.888,01 Euro auf der HH-Stelle 1.7700.7xxx.000 genehmigt werden.

5. Finanzielle Auswirkung

Für den Ausgleich des Fehlbetrags im Bereich Friedhofswesen fällt eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 92.472,69 Euro auf der HH-Stelle 1.7500.7150.000 an. Die Deckung erfolgt über eine geringere Zuführung an die allgemeine Rücklage 2013.

Der im Haushalt 2013 auf der HH-Stelle 1.7500.7150.000 enthaltene Zuschuss an den KST in Höhe von 20.000 Euro ist für den Erhaltungsaufwand für denkmalgeschützte Grabmale und die Verkehrssicherungspflicht/Standssicherheit derselben vorgesehen und auch bereits ausbezahlt.

6. Anlagen

Anlage 1 Jahresabschluss 2012 der Kommunalen Servicebetriebe Tübingen

